

blickpunkt

Nr. 276
Dezember 1993

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Kein Geld?

Wenn Haushaltspläne beraten und vom Kämmerer Gebührenerhöhungen vorgeschlagen werden, heißt es immer: "Wir haben kein Geld!" Geld ist aber da in "diesem unserem Lande", es wird nur falsch ausgegeben.

Beispiel 1

In jeder Wirtschaftszeitung kann man's nachlesen - es gibt ein "freivagabundierendes Kapital" von 700 Milliarden Mark, wir haben nach wie vor eine ungebremste Kapitalflucht, es gibt riesige Spekulationsgewinne bei Grundstücken und ungeheure Gewinne, die beim Anschluß der DDR erzielt wurden.

Derzeit "lohnt" es sich für die Kapitalbesitzer kaum, in Industrie zu investieren, weil mit Finanzspekulationen das "schnelle Geld" gemacht wird.

Beispiel 2

Immer noch leistet sich unser Land eine Superrüstung. Wenn man den Ruhe-Erlaß vom November '92 liest, weiß man warum: "Es geht um den ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt". Deshalb also Eurofighter, Somalia und erneute Munitionsbeschaffung für 14 Milliarden.

Beispiel 3

Die Industrie, die so gern jammert, hat immerhin noch so viel "flüssig", um landauf landab Politiker zu schmieren

und zu bestechen. Ein Hauptsachbearbeiter in der hessischen Staatsbauverwaltung soll 700 000 Mark eingestrichen haben.

Der "Stern" (40/93) listete es vor kurzem mal auf: "Bürgermeister Heinz Born (SPD) aus Neu-Anspach kassierte 200 000 Mark, Sein Kollege Rolf Eggebrecht (CDU) aus Usingen strich 300 000 Mark ein. Georg Hahl, CDU-Bürgermeister von Schmitten soll mindestens 400 000 Mark vereinnahmt haben. Der Kreistagsabgeordnete Wilfried Müller (CDU) war ebenfalls mit 400 000 dabei. Und Vizelandrat Hans Joachim Galuska (CDU) sackte sogar 450 000 Mark

ein." Gaunereien und Korruption auch in Bensheim, im Kreis Groß-Gerau, und, und, und . . .

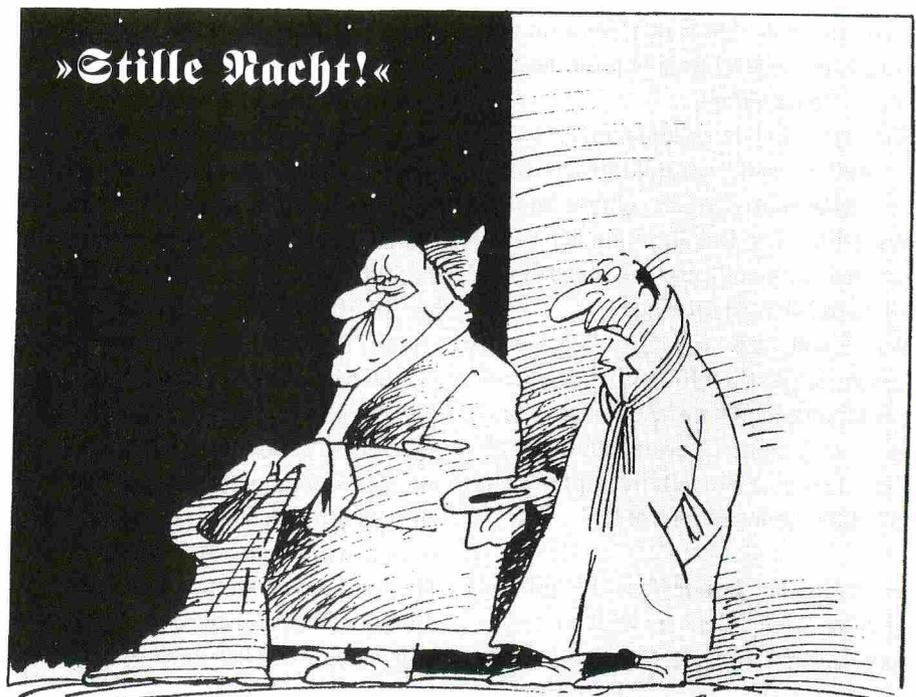
Freier Wettbewerb? Pustekuchen! Im Ermittlungsbereich der Frankfurter Staatsanwaltschaft seien 90% aller Bauaufträge durch Preisabschläge manipuliert, heißt es.

Die Steuerzahler kommt das alles teuer zu stehen. Hunderte Millionen in Hessen und bundesweit jedes Jahr zehn Milliarden Mark - so hoch ist der Schaden durch Preisabsprachen und gekaufte Staatsdiener.

Beispiel 4

Die Manager in der Industrie und die Spitzenpolitiker, also Leute die uns immer wieder zum Sparen auffordern, "ver-

(Fortsetzung auf Seite 2)



(Fortsetzung von Seite 1)

dienen" ungeheure Summen. Fast alle Verwaltungen haben gewaltige Wasköpfe (in Bonn gibt es 55 Staatssekretäre).

Es gibt 46 Direktoren der Treuhand, von denen jeder jährlich 522 100 Mark bezieht und 135 Treuhandabteilungsleiter mit jährlich 288 000 Mark.

In der ehemaligen DDR hat man den "Konsum" abgewickelt. Jetzt wurde bekannt, daß der Konsum-Liquidator Baron Hohenau 12,7 Millionen Mark "Honorar" erhielt.

Wenn dann Absahner wie Münch & Konsorten in Sachsen-Anhalt erwischt werden, treten sie mit frechen Sprüchen zurück - ihr Schäflein haben sie aber längst im Trocknen.

Bei den bevorstehenden Weihnachtsreden werden diese Typen zwar wieder gute Ratschläge geben, vergeßt dabei nicht, Leute, es sind im Grunde elende Gauner die sich schamlos bereichern.

Aber die "Kleinen" sollen zahlen!

Gerade weil wir wissen, wo in diesem Lande das Geld versickert, lehnen wir in unserem Stadtparlament jede Gebührenerhöhung ab und sagen als einzige Partei auch, warum wir das tun. Wir sehen nicht ein, das man immer nur den "kleinen Leuten" in die Tasche greift, während man sich weiter oben immer neue Steuererleichterungen für die Superreichen überlegt.

Steuerprivilegien gehören abgeschafft, es muß überall entbürokratisiert werden. Man muß endlich gehörig an den Rüge-Etat. Die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität und der Steuerflucht könnten Milliarden bringen.

Wieso soll man sich eigentlich bieten lassen, daß jährlich 130 Milliarden Steuern hinterzogen werden, während tausende Beamten sich drum kümmern, ob irgendwo eine Sozialhilfeempfängerin 50 Mark zuviel bekommt?

Fazit: In der Bundesrepublik gibt es nicht zu wenig Geld, es wird nur ungleich verteilt

Rudi Hechler

Die Stadt geht den Bürgern erneut ans Portemonnaie

Nicht allein die Bundesregierung und die Unternehmer wetteifern tagtäglich darum, dem Normalbürger das letzte Hemd auszuziehen, auch die Städte und Gemeinden schließen sich immer mehr diesem Trend an. Gerade in den letzten Monaten wurde eine ganze Reihe von Belastungen für die Bevölkerung auf den Weg gebracht. Zuerst wurden die Kinderkrippen-, die Kindergarten- und die Hortgebühren, sowie das Essensgeld, mit den Stimmen von SPD und Grünen, bis zu 100% angehoben.

Über die, von der Magistratsmehrheit bereits beschlossenen, Erhöhung der Friedhofsgebühren zwischen 50 und 400% wurde bereits im letzten "blickpunkt" berichtet. Nun wird erneut an der Gebührenschaube gedreht, der nächste Schub liegt schon auf den Tischen der Stadtverordneten. Wenn es nach der Meinung der Stadtoberen geht, müssen die Bürger ab 1.1.94 für die Müllabfuhr und für die Kanalbenutzung tiefer in die Taschen greifen.

Müllabfuhr wird teurer

Bei der Abfallbeseitigung, die seit kurzem vom Amt Treber auf den ersten Stadtrat Vorndran übertragen worden ist, soll es eine Erhöhung bis zu 100% geben. Demnach kostet die Abfuhr der 35-Liter-Tonne künftig 14 Mark pro Monat, gegenüber 7 Mark seither. Für die 50-Liter-Tonne werden 20 Mark (bisher 10,50 Mark), bei den Containern von 0,77 cbm künftig 306 Mark (z.Zt. 171,60 Mark) und für die größeren von 1,1 cbm 438 Mark (245,10 Mark) fällig sein. Diese Erhöhung ist in erster Linie auf die Gebührenerhöhung des Kreises zurückzuführen. Dabei ist einmal interessant, wie die übrigen Fraktionen im Stadtparlament stimmen werden, wo doch der Beschluß im Kreistag einstimmig erfolgte. Zu beachten ist auch, daß die 35-Liter-Tonne in Zukunft nicht

mehr ausgegeben wird, wo doch bei vielen Familien durch Müllvermeidung und Getrenntsammlung die 50-Liter-Tonne nicht mehr randvoll wird.

Hier wird das ganze Dilemma der Abfallentsorgung deutlich. Wer Müll vermeidet und getrennt sammelt, sich also umweltgerecht verhält, wird noch bestraft. Trotz weniger Müll aus der grauen Tonne, steigen die Abfuhrgebühren. Wer geglaubt hat, die Müllgebühren würden, wenn schon nicht fallen, so doch wenigstens konstant bleiben, da die Beseitigung des Kunststoffanteils und der Verpackung vom Verbraucher bereits über erhöhte Einkaufspreise, im Rahmen des Dualen-Systems (gelber Sack) bezahlt wird, hat sich getäuscht.

Abwasser wird teurer

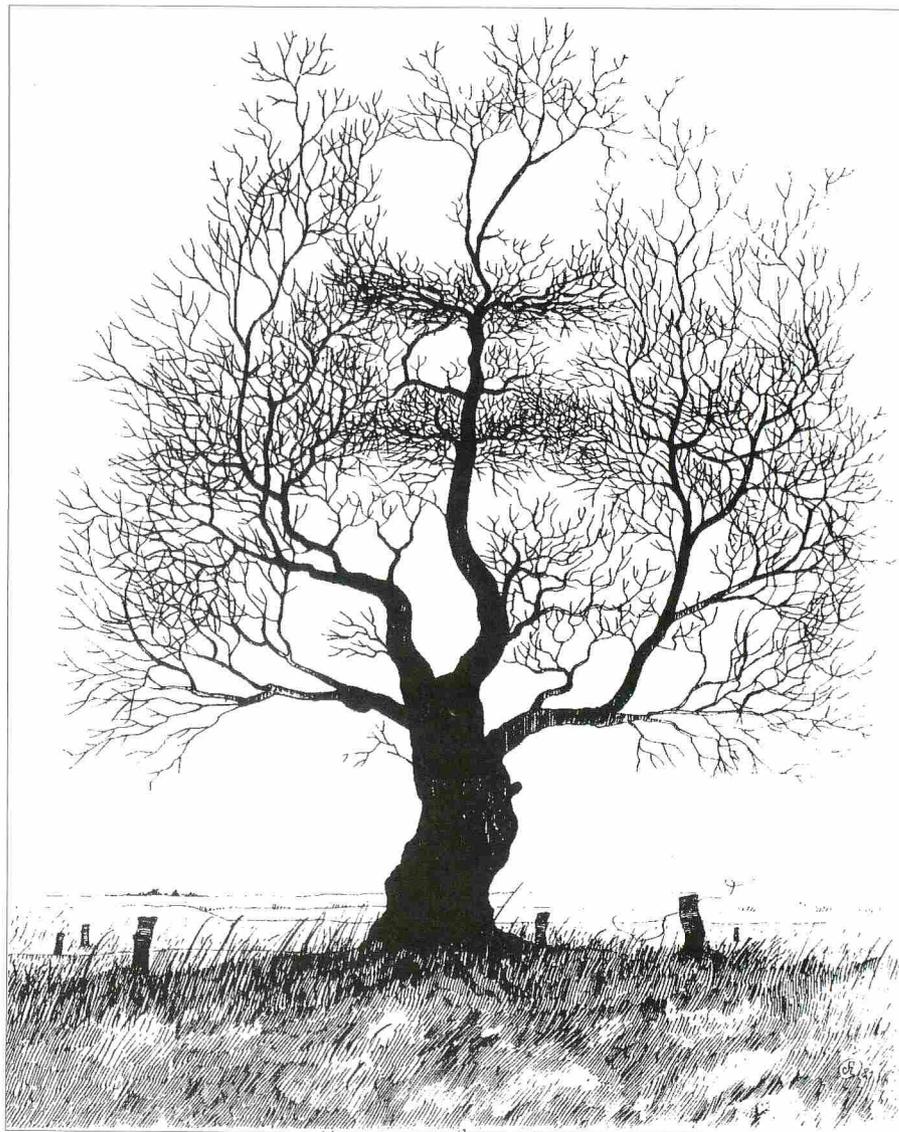
Nach der "Kennelsteuer" schlägt Vorndran nun erneut eine Anhebung der Abwassergebühren vor. So soll ab 1.1.94 für den cbm Schmutzwasser (gemessen an dem Verbrauch von Frischwasser) 2,58 Mark (seither 1,87 Mark) und für den cbm Niederschlagswasser 1,22 Mark (seither 0,96 Mark) bezahlt werden. Der Kämmerer führt das auf die immer höheren Anforderungen von Bund und Land bei den kommunalen Entsorgungsaufgaben zurück. Er meint "es ist nun mal nicht möglich eine Kläranlage mit Millionenaufwand den geänderten wasserrechtlichen Erfordernissen anzupassen und gleichzeitig die Gebühren konstant zu halten". Er fordert kostendeckende Gebühren und nimmt dabei in Kauf, "daß die Abwasserbeseitigungsgebühren zwangsläufig noch schneller steigen als die Lebenshaltungskosten". Er hätte besser gesagt "schneller als die Bürger es finanziell verkraften können". Niemand in unserer Stadt hat etwas gegen Investitionen, durch die unsere Flüsse und Bäche sauberer werden. Aber bitte

(Fortsetzung nächste Seite)

*Und dräut der Winter noch so sehr
mit trotzigem Gebärden,
und streut er Eis und Schnee umher,
es muß doch Frühling werden.*

Allen unseren
Leserinnen und
Lesern
wünschen wir
erholsame
Feiertage und ein
gesundes,
friedliches
1994.

*Die »blickpunkt«-
Redaktion*



(Fortsetzung von Seite 2)

nicht auf Kosten der kleinen Leute. Hier müßte Protest zu vernehmen sein, auch von sozialdemokratischen Hauptamtlichen. Sie verhalten sich aber nicht anders als die CDU/CSU-FDP-Regierung in Bonn. Abwälzen und immer nur abwälzen - den letzten beißen die Hunde. Kein Wort unserer Rathauspitze gegen die Umverteilung der Lasten von oben nach unten, die Bonn vehement betreibt.

Wenn schon einmal hessische Bürgermeister gegen diese Entwicklung demonstrieren, dann wird von Mörfelden/Walldorf aus nur ein ehrenamtlicher Stadtrat hinbeordert. Vorndran war da jedenfalls nicht vorn dran.

Heinz Hechler

Gute Nachbarschaft?

Stadtverordnetenversammlung und Magistrat waren zu einem Informationsgespräch zum Generalausbauplan am Flughafen. Die FAG trug ihre Pläne bis zum Jahr 2000 vor - vor allem den Bau der Cargo-City-Süd, dem geplanten Frachtzentrum am Nordrand von Walldorf. FAG-Vorstandschef Bender ließ keinen Zweifel daran, daß der Flughafen innerhalb der Einzäunung des Betriebsgeländes voll ausgebaut wird. Er machte auch deutlich, daß sich Vertreter der FAG nicht vor Ort den Fragen der Bürger stellen werden, die vom weiteren Ausbau des Flughafen betroffen sind. Dieses "Geschäft" sollen die Politiker betreiben, die bei Kaffee und Kuchen

"in aller Sachlichkeit" die Auffassungen der Flughafenbetreiber nahegebracht bekamen. Schlechte Aussichten für die Menschen im Flughafenumland. GS

**Jede Mark hilft
dem
»blickpunkt«!**

**Unser Konto:
Kreissparkasse GG,
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553**

Tut nichts! Der Jude wird verbrannt

Markus Wolf (70), bis zu seinem Rücktritt 1987 Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit, wurde vom Oberlandesgericht Düsseldorf zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt.

Ohne eine ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes abzuwarten, wurde gerichtet. Dabei wurde deutlich: Spionage des einen ehem. deutschen Staates führt zu Beförderungen, Spionage des anderen ehem. deutschen

Staates zum Gefängnis. Wir haben es halt nicht mit einer Vereinigung beider deutschen Staaten zu tun, sondern mit dem Anschluß der DDR. Bei einer Vereinigung wäre zumindest auf eine strafrechtliche Verfolgung der Mitarbeiter der Nachrichtendienste verzichtet worden.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß bei der Verurteilung des Markus Wolf unausgesprochen eine Rolle spielt, daß er einer antifaschistischen, kommunistischen Familie entstammt, die 1935 von den Nazis ausgebürgert wurde und in der Sowjetunion Asyl fand. Zumindest Vater Friedrich Wolf, ein weltbekannter jüdischer Schriftsteller und Kommunist, wurde

nach 1945 in Westdeutschland erneut verfolgt. Denn auf Geheiß der Westalliierten durften 1947 dessen Bühnenerwerke im Westen nicht mehr aufgeführt werden, darunter das meistgespielte antifaschistische Stück "Professor Mamlock".

"Tut nichts! Der Jude wird verbrannt!" schmettert der Patriarch von Jerusalem in Lessings "Nathan" alle Argumente ab, die für den beschuldigten Juden ins Feld geführt werden. Heute heißt es ähnlich: Tut nichts! Markus Wolf muß verurteilt werden! Und mit ihm der sozialistische deutsche Versuch, dem er seine ganze Kraft zu Verfügung stellte. Ein typisches Beispiel von Rache- und Siegerjustiz.

Die Macht der Banken

Im Ev. Gemeindezentrum Mörfelden gab es, wie in jedem Jahr, eine bemerkenswerte "Dritte-Welt-Veranstaltung". Wer sich die Ausstellungstafeln ansah, bekam etwas mit von der unheilvollen Macht der Banken.

Wenn Helmut Kohl von "diesem unserem Lande" spricht, dann könnte man meinen, Deutschland gehöre ihm und dem deutschen Volk. Doch dem ist nicht so. Die Bundesrepublik gehört weder Kohl noch dem Volk, sondern den Banken. Vor allem den drei größten unter ihnen, der Deutschen Bank, der Dresdner Bank und der Commerzbank. Die Macht dieser Banken, ihre Verflechtungen mit Unternehmen, hat jetzt Hermannus Pfeiffer vom Hamburger Institut für Finanzdienstleistungen und Verbraucherschutz in einem Buch dargestellt. Danach unterhalten die drei Großbanken 8129 personelle Verflechtungen mit Unternehmen und Institutionen. Allein zu den 130 wichtigsten inländischen Unternehmen lassen sich 2504 Verbindungen nachweisen, durchschnittlich fast 20 zu jedem deutschen Top-Konzern. In dem Buch sind die Kontakte von 2113 Personen erfaßt (Banker, Industrielle, Wissenschaftler und Politiker), welche

die Knotenpunkte der personellen Netze der Commerzbank, der Deutschen Bank und der Dresdner Bank bilden.

Der untersuchte Personenkreis umfaßt funktional die Vorstände und Direktionen der Großbanken als Ausgangspunkt "primärer" personeller Verflechtungen, sowie die Aufsichtsräte, regionalen und zentralen Beiräte der drei Institute als Ausgangspunkt "sekundärer" Beziehungen. Im Regelfall beschränken sich die 2113 Mandatsträger nicht auf ihre Funktion in der Großbank und gegebenenfalls noch ihrem Heimat-Unternehmen. Vielmehr sitzen in den Organen der Großbanken viele Multifunktionäre. So erklärt sich die Gesamtzahl von 8129 personellen Verflechtungen.

Wie komplex die personellen Netze sind, erschließt sich durch einen Blick auf die 130 führenden inländischen Konzerne aus Industrie, Handel und Dienstleistung. Allein zu diesen wichtigsten Unternehmen zeigt das Buch 2504 personelle Verbindungen - im Schnitt fast 20 zu jedem deutschen Top-Konzern. Personelle Verflechtungen unterhielten

- die Großbanken insgesamt zu 124 Unternehmen,
- die Commerzbank zu 86 Unternehmen,
- die Dresdner Bank zu 105 Unternehmen und
- die Deutsche Bank zu 115 Unternehmen.

Die Großbanken sind also mit nahezu allen großen deutschen Unternehmen personell verflochten.

Oft können besonders enge Beziehungen eines Konzerns zu einer Großbank nachgewiesen werden. Andersherum lassen sich ebenso eine Reihe von Unternehmen nachweisen, die sich jeweils um eine Großbank gruppieren. Das Entstehen und die Fortentwicklung solcher "Finanzgruppen" sind für den Berliner Historiker Kurt Gossweiler das Ergebnis des Konkurrenzverhältnisses zwischen den Großbanken, die - wie das Buch zeigt - die Finanzgruppen beherrschen.

38 der untersuchten Konzerne zählen beispielsweise zur Finanzgruppe der Deutschen Bank, darunter Bertelsmann, Bosch, Carl Zeiss, Continental, Deutsche Unilever, Ford, Gutehoffnungshütte, Klöckner, Philipp Holzmann, RWE und VW. 30 Mitglieder der Finanzgruppe gehören zum Kern, darunter Allianz, Siemens und VEBA. Von dem Kern lassen sich neun Konzerne als von der Deutschen Bank dominiert bezeichnen, darunter Daimler Benz und Mannesmann.

Als Literatur zu diesem Thema empfehlen wir:

Hermannus Pfeiffer, "Die Macht der Banken", Campus Verlag Frankfurt/Main und New York 1993, 350 Seiten, 52 Tabellen, Paperback, 68 DM.
Rüdiger Liedtke, "Wem gehört die Bundesrepublik?" Eichborn Verlag, 1993, 528 Seiten, 39,80 DM.

Die DKP vor den Europa- und Bundestagswahlen

Im Hinblick auf die Europawahl im Juni und die Bundestagswahl im Oktober 1994 strebt die DKP die Bündelung der Linkskräfte als Antwort auf die wachsende Gefahr von rechts an. Dazu will die DKP die Chance der offenen Listen der PDS nutzen. Der 12. Parteitag der DKP hat den Parteivorstand beauftragt, der PDS inhaltliche und personelle Vorschläge für eine Beteiligung an der PDS-Liste und zu ihrer Unterstützung zu unterbreiten. Für die offene PDS-Liste zur Europawahl am 12. Juni wurden der PDS bereits zwei DKP-Mitglieder für einen der vorderen Listenplätze vorgeschlagen: Leo Mayer aus München und Peter Gingold aus Frankfurt am Main. Sollten die Vorschläge der DKP von der PDS nicht angemessen berücksichtigt werden, will die DKP zur Europawahl selbst mit einer offenen Liste antreten und auch bei der Bundestagswahl überall dort,

»Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf die Gefahr des Galgens.«

(aus: Karl Marx, »Das Kapital«, Bd. 1, S. 788)

wo es möglich ist, mit offenen Landeslisten und Direktkandidatinnen und -kandidaten um Stimmen werben. In welcher Form sich die DKP schließlich an den Wahlen beteiligt, darüber will sie nach Verabschiedung des PDS-Wahlprogramms und Aufstellung der PDS-Bundesliste für die Europawahl im März 1994 entscheiden.

Bei der Europawahl will die DKP insbesondere die EG-Verträge von Maastricht und deren Auswirkungen, die allein den Großkonzernen nutzen, bekämpfen. Als Partei des Antifaschismus will sie Initiativen gegen Neofaschismus und Rassismus befördern.

Bei der Bundestagswahl geht es der DKP darum, daß

- die PDS im Bundestag bleibt,
- der Einzug von Neonazis verhindert wird,
- die Bonner Rechtsregierung abgelöst wird,
- die Positionen der DKP im Wahlkampf verbreitet werden.

In den Mittelpunkt ihres Wahlkampfes stellt sie den Kampf gegen den Sozialabbau und für die Tarifautonomie und Reallohnsicherung. Sie wendet sich gegen weltweite Bundeswehreinmärsche und tritt für Frieden und Abrüstung ein. Sie bekämpft Nationalismus, Rassismus und Neofaschismus.

*Was? Euch gibt's noch?
Das hörten wir schon in den
letzten Jahren.
Na klar, Helmut Kohl
und die Deutsche Bank gibt's
ja auch noch.*

*Und die Dresdner Bank darf
auch die Menschen in Dresden
wieder zur Kasse bitten.*

*Und die Herren Krupp, Thyssen,
Siemens, VW, Opel, BASF...
machen weiter die Arbeitsplätze
platt für den Profit.*

*Von Rügen bis zum Bodensee
von Frankfurt/Oder bis
Frankfurt/Main wäscht die
eine Treuhand die andere.*

*Statt "blühender Landschaften"
und "allen wird es besser gehen"
geht es den meisten schlechter.*

*Arbeitende und Arbeitslose,
Frauen und Männer,
jung und alt zahlen die Kosten -
angeblich für die "Einheit".*

*Nur wenigen geht es immer
besser: den Unternehmern
und ihren Interessenvertretern in
Parlamenten und Amtsstuben.*

*Also, warum sollte es ausgerechnet
uns nicht mehr geben?
Bloß weil es die DDR nicht
mehr gibt? (Was wir bedauern,
auch wenn sie nicht das
Paradies war).*

*Warum sollten
wir ausgerechnet jetzt aufhören,
das zu tun, was wir 25 Jahre lang
konsequent getan haben?*

*Die Interessen arbeitender und
arbeitsloser Menschen vertreten?
Für Frieden streiten? Für eine
lebenswerte Zukunft?
In Rathäusern, Betrieben,
Gewerkschaften und auf
der Straße.*

*Warum sollten wir nicht
versuchen,
den Reichen wegzunehmen,
was ihnen nicht gehört,
weil wir alle ihren Reichtum
schließlich erarbeitet haben?*

*Wir sind und bleiben
der kleine rote Stachel,
der denen da oben
im Sitzfleisch sitzt.*

Und wer bei der DKP mitmachen will, sollte einfach mal anrufen: 23366,22362,3335,3859.

Diskussionsbeiträge

Sollten wir vielleicht Koalitionspartner werden?

Heftige Diskussionen um Haushaltspläne in der Stadtverordnetenversammlung. Das war alles vorauszusehen. Spätestens nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen von SPD und Grünen mußte den Rathaus-Verantwortlichen klar gewesen sein, daß es da Probleme geben könnte. Fraktionsvorsitzender Schmitt appellierte an die anderen Fraktionen. Demokratie, Grundgesetz, Verantwortung gegenüber dem Gemeinwohl und Beispiele im Ausland mußten herhalten, um noch ein Umdenken zu bewirken. Auf etwas höherem Niveau bewegten sich der Bürgermeister und der Kämmerer. Doch auch hier hätte man meinen können, die SPD hätte noch die absolute Mehrheit. Dabei ist klar - wer keine Mehrheit hat, muß sie sich beizeiten suchen!

Mehrfach wurden wir von Leuten angesprochen, ob wir - die DKP/OL - nicht zu einer Koalition oder Zusammenarbeit mit der SPD bereit wären. Dazu ist folgendes zu bemerken:

Erstens sind wir als Oppositionspartei in diesen Wahlkampf gegangen. Und sicherlich haben uns auch viele gewählt, weil wir im Parlament und im außerparlamentarischen Bereich, mit dem "blickpunkt", Aufpasser sein wollen. Heute eine Koalition einzugehen, würde als Vertrauensbruch und Umfallen gewertet.

Zweitens: eine Koalition bekommt man nicht zum "Nulltarif". Man muß Abstriche und Zugeständnisse machen. Wir sind immer angetreten mit der Aussage: keine Gebührenerhöhungen für die arbeitenden Menschen. Die Haushaltspläne sind aber heute die reinsten Gebührenerhöhungshaushalte.

Drittens: die Gebühren, werden viele einwenden, steigen überall - "alles wird

teurer"! Die Belastung der Kommunen wird immer stärker, der Bund schiebt den Gemeinden Aufgaben zu und kürzt noch die Einnahmen für diese. (z. B.: Im letzten Jahr war die Gewerbesteuerumlage noch 35 Prozentpunkte, dieses Jahr werden es 39 und 1995 79%-Punkte sein; die Zahlungen in den "Fond Deutsche Einheit", der Länderfinanzausgleich, das Standortsicherungsgesetz werden zu horrenden Einnahmeausfällen führen; die Kreis- und Schulumlage, das Abfallkonzept werden weitere Einschnitte bringen. Die Lohnsumme der Beschäftigten wird durch Solidarzuschlag (was eigentlich ein Abschlag ist), durch Wegfall von Überstunden, Kür-

zung der übertariflichen Bezahlung (z. B. Opel), Kürzung der Sozialleistungen etc. ebenfalls geringer.

"Wir sollen den Gürteln enger schnal-len!" so hört man es jeden Tag. Die Antwort: "Wir haben ihn alle schon enger geschnallt!" Die Arbeitslosigkeit, die Kurzarbeit, die Armut und Sozialbedürftigkeit in diesem Land nimmt rasant zu. Und wir müßten dann dessen ungeachtet aus Koalitionsrason allen Gebührenerhöhungen zustimmen?

Das hat auch der Wähler, der für uns das Kreuzchen machte, nicht gewollt. Wir sind linke Opposition und kein linkes Beiboot der SPD. RD

Noch ein Grund einen Haushalt abzulehnen

Da bemüht sich die DKP-Fraktion nun schon Jahre darum, daß unsere Stadtfahrradfreundlicher wird. Jedes Jahr werden Anträge gestellt, damit die Mittel in den Haushaltsplänen aufgenommen werden. Am Anfang wurden die Vorschläge abgelehnt. Als aber auch aus der Bevölkerung Stimmen laut wurden, war auf SPD-Seite ein Nachgeben zu verspüren. Auf Initiative der DKP kamen einige Hunderttausend Mark in die Haushaltspläne '92 und '93.

Aber so gut wie nichts ist inzwischen geschehen. Radfahrer haben im Rathaus unserer Stadt keine Lobby. Wir meinen, Bernhard Brehl ist der Bremser und das hört man auch schon aus den Reihen seiner Fraktion. Der Radweg nach Mönchbruch wurde vom Land bezahlt, mit viel Aufwand eingeweiht und Bürgermeister Brehl radelte für die Fotografen. Ansonsten hat er in Sachen

Radwege keine Initiative ergriffen. Am Jahresende kommt dann immer für viele die Ernüchterung, wenn in den Nachtragshaushalten festgestellt wird, daß die Mittel die mit viel Überzeugungsarbeit in die Haushaltspläne eingestellt wurden, noch nicht verbraucht sind.

Von 500000 Mark aus dem Haushalt '93, für die Unterhaltung von Straßen und Radwegen ist so gut wie nichts für die Radwege ausgegeben worden, außer für ein paar Randsteinabsenkungen.

Von 100000 Mark im 93er Haushalt für den Bau von neuen Radwegen wurde nichts verbraucht.

Von 100000 Mark noch aus dem Jahre '92, für die Errichtung neuer Fahrradständer, wurden bis heute ganze 6000 Mark ausgegeben.

So kann es nicht weitergehen. Auch das ist ein Grund für die DKP/OL-Fraktion einen Nachtragshaushalt abzulehnen.

Die Radfahrfreunde sollten Bernhard Brehl mal die rote Karte zeigen. HH

Ist Wasser bald LUXUS?

Das Wasser ist ein kostbares Gut, sagt man. In der Tat, das lebensnotwendige Naß wird uns in der Zukunft Bares kosten - und nicht zu knapp. Jahrelang war in Mörfelden-Walldorf das Wasser preiswert zu haben, weil die Förderkosten - im Gegensatz zu manch anderen Kommunen - gering waren. Mit der Fusion der beiden Stadtteile, den auftauchenden Problemen der Walldorfer Brunnen, der Zunahme von Wohn- und Gewerbegebieten und schließlich der landesweiten Trinkwasserproblematik laufen die Wasserpreise davon. Neue Investitionen in die Wasserförderung (neue Brunnen, erweiterte Aufbereitungsanlagen, Verbund der beiden Wasserwerke u. Verbundwasserwerk) sind und werden noch kräftig zunehmen. Darüber hinaus sind für landwirtschaftliche Nutzungen in Wasserschutzzonen finanzieller Ausgleich an die Landwirte zu zahlen, weil dort angeblich weniger gedüngt, gespritzt und weniger geerntet wird.

Das Land Hessen ließ sich die Grundwasserabgabe einfallen, die ab 1.1.94 mit 40 Pfennig pro cbm zu Buche schlägt. Ca. 720000 Mark sind von der Stadt zu zahlen. Geld, das natürlich der Bürger entrichtet. Dieses Geld fließt in einem Umwelttopf. Aus ihm sollen Wassersparprojekte und Renaturierungsmaßnahmen finanziert werden.

Jüngster Versuch, dem Wasserverbraucher in die Tasche zu greifen, ist ein

Gebührenbescheid des Regierungspräsidiums Darmstadt. Hintergrund ist die Rheinwasseraufbereitung und -versicherung im Kreis Groß-Gerau. Infolge der hohen Wasserförderung im hess. Ried für Frankfurt und Wiesbaden ist der Grundwasserstand derart gefallen, daß landwirtschaftliche Nutzung und Gebäude gefährdet sind. Die Rheinwasserversickerung kostet Geld. Weil man behördlicherseits eine Nutznießung der Riedgemeinden aus der Wasserförderung und -verkauf sieht und sie auch Grundwasser entnehmen, sollen sie für die Kosten aufkommen. Damit ist auch unsere Stadt in die Pflicht genommen. Etwa ein Drittel der Mörfelder Brunnen, so die Schätzung Pi mal Daumen, liegt im Ried (Rheingraben) und daher errechnen sich 44000 Mark pro Jahr. Die Stadt will diesen Bescheid nicht akzeptieren und notfalls klagen. Ob sie Erfolg hat, bleibt abzuwarten.

Ein Effekt dieser Gebührenerhöhungen (mit Abwassergebühren sind wir fast bei 5,- Mark pro cbm Wasser) ist eine weitere Einsparung im Verbrauch. Dies kann man mit einem lachenden und einem weinenden Auge betrachten. Einerseits wird dadurch die Umwelt geschont, andererseits fallen die Einnahmen der Wasserwerke, was eine weitere Gebührenerhöhung zur Folge hat. RD

**Immer dran denken:
Jede Spende hilft dem
»blickpunkt«!**

„Goldener Apfel mit Eitertunke“

Blutgeschwür gefällig, Blutwurst mit fließendem Blut, Gemüse aus der Sargattrappe, Gebiß im Trinkglas, Wein in Bluttransfusionsflaschen, Bedienung mit blutverschmierter Kleidung, Skelettambiente, Knochen baumeln von der Decke, Vampirzähne lächeln dich an... So oder ähnlich war das Gruselkabinett, das - als Erlebnisgastronomie gepriesen - die Leute anlockte, Fernsehen und Presse aufmerksam machte. Bundesweit verbreitet gelangt solches in die Wohnzimmer, läßt ein gewisses Prickeln aufkommen. Der Erfolg bleibt nicht aus, animiert offenbar zum Weitermachen. Im nächsten Jahr sollen die Gruseltage wiederholt, mit Hitchcock-Woche etc. ergänzt werden. Da kann die Suppe noch so gut im Geschmack sein, ob solcher Perversion vergeht einem der Appetit. Die Frage ist zu stellen, ob solch ein dekadenter Schwachsinn in einem städtischen Haus stattfinden kann/soll. Schließlich ist das Restaurant mit unserem Steuergeld aufwendig restauriert, der Pächter nach langer Diskussion ausgesucht worden. Diesen geschmacklichen Tiefgang - wenn er auch geschäftlich ein Erfolg gewesen sein soll - kann der Magistrat bei der Pachtvergabe doch nicht gewollt haben. Ein bißchen Mitverantwortung haben die Stadtoberen schon, was in der Stadt passiert, und wo sie Einfluß nehmen können - etwa über die Pachtvergabe - haben sie auch die Pflicht. RD

Bertolt Brecht

FRAGEN EINES LESENDEN ARBEITERS

Wer baute das siebentorige Theben?
In den Büchern stehen die Namen von Königen.
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?
Und das mehrmals zerstörte Babylon -
Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute?
Wohin gingen an dem Abend, wo die Chinesische Mauer fertig war
Die Maurer? Das große Rom
Ist voll von Triumphbögen. Wer errichtete sie? Über wen
Triumphierten die Cäsaren? Hatte das vielbesungene Byzanz
Nur Paläste für seine Bewohner?
Selbst in dem sagenhaften Atlantis

Brüllten in der Nacht, wo das Meer es verschlang
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.
Der junge Alexander eroberte Indien.
Er allein?
Cäsar schlug die Gallier.
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich?
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte
Untergegangen war. Weinte sonst niemand?
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg.
Wer siegte außer ihm?
Jede Seite ein Sieg. Wer kochte den Siegeschmaus?
Alle zehn Jahre ein großer Mann.
Wer bezahlte die Spesen?
So viele Berichte.
So viele Fragen.

Stadtgeschichten



Die Hofreite, im Dialekt auch "Howweraad" genannt, in Walldorf Mörfelder Straße 17, an einem grauen, naßkalten Tag im Dezember des Jahres 1940. Im Hof steht, in mitten ihrer Gänse, Frau Margarete Becker geb. Jakob mit ihrer Enkeltochter auf dem Arm. Die Enkeltochter ist die heute sehr aktive Mitarbeiterin der AWG ("Arbeitsgemeinschaft für Walldorfer Geschichte") Margarete Bracht, geb. Becker. Ihre Großmutter, die alten Walldorfer kennen sie noch als "Gundhöfer's Gretche" war die Frau von Jakob Becker (Pumpeschütze-Jakob). Wie der Beiname sagt, war der Vater Feldschütz, vor dessen Haus in der oberen Ludwigstraße eine Pumpe stand. Soweit wieder ein Ausflug in die Altwalldorfer Namens- und Bei-Namensgeschichte.



Die Anordnung der Nebengebäude war auf vielen Grundstücken in Walldorf und auch in Mörfelden gleich. Ganz rechts auf unserem Bild der Schweinestall (Saustall) mit unterer Schütte für das "Getränk". Daneben die Mistkaute mit angrenzendem Hühnerstall ("Hinkelshaus mit Hinkelslaarer"). In dieser Ecke war auch oft der Abort (AB oder Abtritt). Ein WC = Wasserclosett, gab es 1940 noch höchst selten.

Anschließend stand, quer zur Einfahrt, die Scheune mit Stall für Pferde, Kühe, oder auch nur Ziegen.

Viele jüngere Betrachter des Bildes werden die Nase rümpfen. Es gab aber damals noch keine verbundgepflasterten Höfe mit Blumenrabatten und Rasen. Dafür hatten die Leute kein Geld und keine Zeit. Zeit und Geld fehlte auch um kleinere Reparaturen durchzuführen. So verrutschten da mal ein paar Ziegel und dort fiel etwas Putz von der Wand.

Die Klein-Landwirtschaft war oft Nebenerwerb, wobei die Hauptlast an den Frauen hing. Sie mußten die Kinder erziehen, das Vieh versorgen und verbrachten eine Großteil ihrer Zeit auf den Äckern.



**Zeitung
der DKP**

**Probeexemplare bestellen!
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen**